



# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra  
Juli 2022**

---

***Guten Tag!***

Wer es wagt ein Ende der Kämpfe in der Ukraine zu fordern, mit dem Ziel durch Verhandlungen den Konflikt beizulegen, setzt sich heftigster Kritik derjenigen aus, die auf Sieg setzen und im Zuge dessen auch Russland vernichten wollen.

Wir erleben einen Rückfall in Zeiten chauvinistischer Hetze und Kriegstreiberei.

Wie nicht anders zu erwarten, greifen die Leitmedien in unserem Land das Thema entsprechend auf und lassen der Vernunft keine Chance. Wer sich der NATO-Erzählung nicht unterordnet, wird zum Feind der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und natürlich zu Putins Freund erklärt. Davor ist selbst der Papst nicht gefeit. Und während die Scharfmacher unserer Regierung und der sich christlich nennenden Oppositionspartei mehr Waffen fordern und liefern, gehen das Sterben, das Verstümmeln und die Zerstörung weiter. Den Preis zahlen die einfachen Leute hüben wie trüben. Sie zahlen mit ihrem Leben, mit ihrer Gesundheit und der Zerstörung ihrer Existenzen.

Vor Ausbruch des Krieges wurden die Stimmen der Deeskalation nicht gehört. Jetzt beschimpft man diejenigen, die auf Verhandlungsfrieden setzen. Haben unsere Kinder bisher in den Schulen gelernt, mit Konflikten kultiviert und gewaltfrei umzugehen, lehren wir sie derzeit,

dass es darum geht, die tödlichsten Waffen zum Einsatz zu bringen, auch wenn es den „letzten Mann“ kostet.

Die Führungsmacht der „westlichen Welt“, USA, hat kein Interesse daran, diesem Krieg und dem Sterben ein Ende zu bereiten. Ihre Konzerne profitieren von Waffenverkäufen und Energieabhängigkeiten ihrer europäischen Verbündeten. Deutschlands finanziell abgesicherte Politikerkaste erteilt Ratschläge, wie das „einfache Volk“ mit den drastisch gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Energie umzugehen habe.

Die Medien setzen alles daran, dass diese Erzählung fest im Volk verankert wird. Wer sich nicht gleichschalten lässt, wird von ihnen abgestraft oder ausgeblendet.

Das Drehen an der Eskalationsschraube geht weiter und kann zu einem Flächenbrand in Europa führen. Darum fordern wir von unserer Regierung einen konsequenten Einsatz für das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit. Stoppt diejenigen, die mit Waffenlieferungen und zügelloser Aufrüstung weiteres Öl ins Feuer gießen und damit die Kriegsgefahr vergrößern!

G. Janske

## **Endlich wieder!**

### **Das UZ-Pressesfest, ein notwendiges Fest des Friedens und der Solidarität in schwierigen Zeiten, findet 2022, vom 27.-28. August, in Berlin statt.**

Das UZ-Fest der DKP gilt seit vielen Jahren als das meist beachtete und besuchte politische und kulturelle Event der links orientierten Szene der Bundesrepublik.

UZ (Zeitung der DKP) und DKP (Deutsche Kommunistische

Partei) laden nach einer coronabedingten Zwangspause zum Pressesfest ein.

Rund um den Rosa-Luxemburg-Platz und der Berliner Volksbühne werden zehntausende Besucher von nah und fern erwartet. Die



Veranstalter bieten den Pressefestbesuchern zahllose Möglichkeiten, sich über aktuelle politische Themen zu informieren, und aktiv an unzähligen Diskussionsforen und Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

Wem die Politik zu viel wird, kann neben den kulinarischen Angeboten an Speisen und Getränken, in den breit gefächerten kulturellen Darbietungen Entspannung aber auch Nachdenkliches finden.

Weitere Infos sowie eine Programmübersicht findet man unter: <https://pressefest.unsere-zeit.de> oder sprechen Sie uns einfach an. Wir freuen auf Ihren / Euren Besuch des UZ-Pressfestes in Berlin.

**Spenden sind herzlich willkommen!**  
**Sparkasse Darmstadt**  
**Stichwort „ODENWALDKURIER“**  
**IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40**

## **Die Bundesregierung macht sich die Welt - wie Pippi Langstrumpf - wie es ihr gefällt und begründet Preissteigerungen mit dem Krieg in der Ukraine:**

Putin ist an allem schuld. Die Russen liefern Gas und Öl soweit man sie lässt und sie dafür bezahlt. Die Araber tun dies auch, die USA ebenfalls. Warum soll der Energiepreis wegen eines Krieges steigen? Wir hatten die letzten Jahrzehnte zahlreiche Kriege, einer völkerrechtswidriger als der andere. Nie gab es große Auswirkungen auf die Energiepreise, nicht mal als Saddam seine Ölquellen in Brand steckte. Es sind die Sanktionen des Westens, die den Warenfluss behindern, damit den Preis nach oben treiben und den Spekulanten und Ölkonzernen Gewinne bescheren.



Sanktionen bedeuten Wirtschaftskrieg und sind besonders unklug, wenn sie dem Sanktionierten weniger schaden als dem, der sie anordnet.

Wer berät nur unsere olivgrüne Ministerriege, die den bösen Feind, Russland, damit bestraft, dass sie *uns* den Öl- und Gashahn zudreht? Sind es Joe Biden und seine Weltbeherrscher, die die Anweisungen geben? Die Russen nehmen derzeit trotz sinkender Verkaufsmengen aufgrund steigender Verkaufspreise deutlich mehr ein als zuvor. Ein Ottonormalverbraucher in Deutschland weiß hingegen nicht mehr, wie er/sie die Heizöl- oder Gasrechnung bezahlen soll.

Das Vorgehen der deutschen Regierung gleicht dem Verhalten eines Kindes, das der Mutter droht, die Luft anzuhalten, bis es tot umfällt, falls Mama nicht sofort ein Bonbon rausrückt.

Die Nahrungsmittel werden knapper, heißt es. Wegen des Krieges? Russland als weltweit größter Weizenexporteur, würde liefern, wenn man es ließe. Weizen ist zwar nicht sanktioniert, aber die Reeder sind von Sanktionen bedroht. Und Weizen ohne Schiff kommt schlecht nach Ägypten, oder? Selbst der ukrainische Weizen könnte verschifft werden, dazu liegt ein Vorschlag Russlands und der Türkei vor. Allerdings müsste erst die Ukraine die Minen vor Odessa räumen oder eine sichere Passage zusichern. Bahntransporte für Waffen in die Ukraine laufen reibungslos, aber für Getreide in die entgegengesetzte Richtung funktioniert das nicht?

Alle wissen: Kriege können nur durch Verhandlungen beendet werden. Mit einer Verhandlungsinitiative könnte auch gezeigt werden, dass die EU ein eigenständiges Bündnis ist. Bisher gewinnt man eher den Eindruck, das Machtzentrum Europas liege in Washington. Nun waren Scholz, Macron und Draghi in Kiew. Statt auf Friedensverhandlungen zu drängen, versprachen sie der Ukraine eine fiktive EU-Mitgliedschaft. Bezahlen werden wir mit massivem Sozial- und Wohlstandsabbau. Inzwischen hat die Ukraine unsere Freiheit dann bis zum letzten Mann verteidigt. Vielleicht gibt es am Ende gar keine Ukraine mehr.

R. Weber

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**  
**E-Mail [reinhold-fertig@t-online.de](mailto:reinhold-fertig@t-online.de)**